

Schulz, Alfred E.; Berghändler, Lothar

Article — Digitized Version

Die Rolle der Grundstoffindustrie bei der Industrialisierung von Entwicklungsgebieten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schulz, Alfred E.; Berghändler, Lothar (1960) : Die Rolle der Grundstoffindustrie bei der Industrialisierung von Entwicklungsgebieten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 1, pp. 13-15

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132908>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Rolle der Grundstoffindustrie bei der Industrialisierung von Entwicklungsgebieten

Gespräch des Chefredakteurs mit Herrn Alfred E. Schulz, Vorstandsmitglied der DEMAG

In den Abhandlungen und Aufsätzen des „Wirtschaftsdienst“ haben wir uns so viel mit den Problemen der Entwicklungsgebiete befaßt, daß ich der Einladung von Herrn Alfred E. Schulz zu einem Gespräch über die Rolle der Grundstoffindustrie bei der Industrialisierung von Entwicklungsgebieten gern Folge leistete. Ich hoffte, aus den reichen Erfahrungen der DEMAG bei Errichtung ihrer Hüttenwerke in allen Erdteilen einige Hinweise zu erhalten, die unsere vorherrschend volkswirtschaftlich-soziologische Vorstellung verifizieren oder korrigieren könnten. Andererseits befürchtete ich, von einem prononcierten Interessenstandpunkt aus eine Verzerrung der menschlich-sozialen Voraussetzungen für das Entwicklungsgeschehen suggeriert zu bekommen. Diese Befürchtung war unnötig. Die Unterhaltung war sehr realpolitisch und fing die Bedenken, die man gegen diese oder jene Art der Entwicklungsmethoden wohl hervorbringen könnte, auf einer höheren Ebene ab, ohne sie aus einer Interessenpolitik heraus zu widerlegen. Es wäre zweifellos sehr erwünscht, wenn Interessenten sich öfters zu dem Mut aufrafften, nackte realpolitische Erwägungen für ihr verständliches Eigeninteresse sprechen zu lassen, als es hinter idealistischen Verbrämungen zu verstecken.

Introduktion: Gemeinsamer Markt

Wir hatten uns vorgenommen, über die Stellung der Grundstoffindustrie im Rahmen der Entwicklung zu sprechen. Und so leiteten wir (ich bekenne mich dabei durchaus als mitschuldig) das Gespräch mit dem größten Projekt ein, das sich in der Entwicklung befindet: mit dem Großen Europäischen Markt. Herr Schulz hielt — und hierbei konnte ich ihm aus vollem Herzen zustimmen — eine Über-

windung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Dualismus in Europa für die dringlichste wirtschaftspolitische Aufgabe, die vor allen weltweiten Entwicklungsproblemen den Vorrang haben müßte. Und diese Feststellung wird sicher nicht dadurch geschmälert, daß für die deutsche Maschinenindustrie (Herr Schulz ist Vorsitzender des Außenhandels-Ausschusses des VDMA) in Anbetracht der zu erwartenden zollpolitischen Entwicklung in der EWG die Überwindung dieses Dualismus von lebenswichtiger Bedeutung ist. Die Vordringlichkeit dieser wirtschaftspolitischen Aufgabe ist eine Lebensfrage für Deutschland und Europa, auch wenn man vom Interesse der Maschinenindustrie absieht. Wenn sie nicht vordringlich in Angriff genommen wird, besteht die Gefahr, daß sich aus der zollpolitischen Entwicklung Verschiebungen in den Bezieher- und Lieferverhältnissen zwischen der EWG und der EFTA anbahnen, die sich stark zum Nachteil der deutschen Wirtschaft auswirken und die sich vielleicht nie wieder beseitigen lassen. Es ist kein Aufschub zu verantworten.

Auf die Frage, was Herr Schulz für den letzten Grund der Schwierigkeiten halte, die einer schnellen und vernünftigen Lösung der Aufgabe entgegenstehen, und welche Wege zur Überwindung sich anbieten, meinte er: „In der Vergangenheit sind politische Zusammenhänge immer nur durch Kriege zustande gekommen, und auch jetzt ist es wieder der Primat der Politik, der sich einer vernünftigen und schnellen Lösung entgegenstellt. Dem Wirtschaftspolitiker wird häufig der Vorwurf gemacht, daß er zu wenig von Politik verstehe, aber ich möchte wünschen, daß der Politiker nur so viel von Wirtschaft wisse, wie es umgekehrt für den Wirtschaftspolitiker selbstverständlich ist. Sie wissen schon, was ich meine.

Unsere Unterhaltung sollte aber in erster Linie ein wirtschaftliches Gespräch sein. Und es ist deshalb nicht zwingend, daß alle politischen Abschweifungen, die sich im Laufe der Unterhaltung ergeben, von Ihnen festgehalten werden. Ihre Frage nach den Wegen zur Überwindung dieses wirklichkeitsfremden Dualismus dürfte schwieriger zu beantworten sein, doch bietet sich ein — wenn auch bisher wenig diskutierter — Weg: Die EWG sollte sich als Körperschaft der EFTA assoziieren, um alle zollpolitischen Diskrepanzen im Innenverhältnis zu beseitigen.“ Mir schien dieser Vorschlag klug, aber reichlich kühn, denn er hat eine hundertprozentige Umkehr der geltenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen zur Voraussetzung. Und damit wären wir nämlich wieder auf dem Gebiet der Politik gelandet.

Unklare Definition

Nach dieser passenden Einleitung über Entwicklungsprojekte konnten wir uns unserem eigentlichen Thema zuwenden. Herr Schulz beanstandete die völlige Verwirrung und Unklarheit der Definitionen, die auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung herrschen. Schon die regionale Abgrenzung, was als Entwicklungsgebiet zu bezeichnen sei, mache Schwierigkeiten. Die Auffassungen der zu entwickelnden Räume und der bei der Entwicklung helfenden Industriestaaten gehen darin völlig auseinander: So wollen typische Entwicklungsgebiete im Gedenken an ihre wirklichen oder vermeintlichen Hochkulturen historischer Zeiten nicht mit diesem Namen belegt werden, während andere Räume, für die die Notwendigkeit weiterer Entwicklung nur bedingt zutrifft, als Entwicklungsgebiete bezeichnet werden möchten, um ausländischer Hilfe teilhaftig zu werden. „Entwicklung“ ist bei den Industrienationen zu einem Mode-

wort geworden, jede verfolgt ihre eigenen Absichten, die nachträglich eine menschliche, wirtschaftliche oder politische Motivierung erfahren. So können Aufwendungen als Entwicklungshilfen bezeichnet werden, die eigentlich gar keinen Anspruch darauf haben, etwa die Kosten für die Beseitigung von Unruhen in abhängigen Territorien oder Erschließungskosten in assoziierten Gebieten. Diese Begriffsverwirrung verwische den Charakter der Entwicklungshilfe völlig. Es sei dann leicht, zu sagen, „wir haben genug getan, nun tut Ihr etwas“. „Wir wollen uns nichts vormachen: Wir wollen unter Entwicklungsgebieten solche Räume verstehen, die in Anbetracht ihrer Armut — ganz gleich, ob diese strukturell oder konjunkturell bedingt oder auch selbstverschuldet sein mag — für den Kommunismus anfällig sind. Der arme Mann neigt dem Kommunismus zu. Wem es wohl geht, oder wer Besitz hat, ist nicht anfällig. Und in unserem eigenen Interesse wollen wir diese Gebiete zur Wohlhabenheit entwickeln. Wenn mein Nachbar arm ist, muß ich befürchten, daß er neidisch wird. Wenn die Kinder meines Nachbarn krank sind, muß ich etwas tun, um meine Kinder vor Ansteckung zu schützen. Das liegt ganz in meinem eigenen Interesse und hat mit Karitas nichts zu tun.“

Charakter der Entwicklungshilfe

Damit waren wir bei einem zweiten Punkt der Begriffsverwirrungen angelangt: dem Charakter der Entwicklungshilfe. Herr Schulz meinte, wir müßten unter allen Umständen vermeiden, der Entwicklungshilfe einen karitativen Charakter beizulegen, vielleicht sollte man sogar den Ausdruck „Hilfe“ vermeiden. Das karitative Motiv mache den Empfänger mißtrauisch: „Viele werden sich fragen: Ist das nun wirklich eine vorbehaltlose und völlig uneigennützigte Hilfe oder kommt eines Tages das „dicke Ende“ mit einer politischen Verpflichtung.“

„Der karitative Charakter dieser Entwicklungshilfe trifft ja auch im tiefsten Grunde nicht zu. Letztlich hat sie ja auch einen politischen Grund, nämlich diese Länder und damit uns vor dem Kommunismus zu bewahren, den Lebensstandard

zu heben und somit dem internationalen Welthandel förderlich zu sein.“ Natürlich nehme der Empfänger das Geld. Er werde aber eine unausgesprochene Verpflichtung hinter der Gabe vermuten, die ihm einzugehen, sein Stolz verbiete. So werde er den Geber hassen, und damit sei die mit der karitativen Spende im seelischen Untergrund verbundene Absicht endgültig vorbeigelungen. Die Unterstützung, die für die Entwicklung gewährt werde, müsse auf kommerzieller Basis gegeben werden, die keine Gegenwartung vermuten lasse, dabei könnten die Bedingungen günstig, also für den Geber unkommerziell, sein. Chruschtschow habe den Versuch gemacht, südamerikanische Staaten durch Mikojan von der Basis Mexiko anzusprechen, ob sie nicht unter so günstigen Anleihebedingungen ihre Armut bekämpfen möchten, wie sie den Indern von der UdSSR angeboten wurden. Wir sollten uns auch zu klaren Angeboten entschließen, die wenigstens für den Empfänger einen kommerziellen Charakter ohne inponderable Erwartungen tragen. In diesen Zusammenhang gehöre es auch, daß man mit der Gewährung von Entwicklungskrediten durchaus die Auflage verbinden solle, die Lieferungen für das Projekt aus dem Land des Kreditgebers zu beziehen. Das sei eine geschäftliche Abmachung, die der Kreditnehmer durchaus verstehe.

Individuelle Voraussetzungen

„Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen richtigen Entwicklungsplan liegen in jedem Land anders. Man muß sich hüten, Idealrezepte aufzustellen. Wenn Sie mich fragen, welche Rolle ich der Errichtung von Grundstoffindustrien bei der Industrialisierung in Entwicklungsgebieten beimesse, so muß ich Ihnen sagen, daß ich sie für sehr wichtig halte. Gewiß — ein modernes Hüttenwerk schafft zunächst keine große Anzahl von Arbeitsplätzen, aber der Zwang zur Weiterverarbeitung der Hüttenproduktion schafft überall im Lande gewerbliche Betätigungen, die ihrerseits zahlreiche Arbeitskräfte beanspruchen. Wir müssen von der Vorstellung abkommen, daß die Entwicklungsländer uns Rohstoffe liefern und

wir die Verarbeitung übernehmen. Auch die von unseren Wirtschaftspolitikern mitunter vertretene Ansicht, daß wir dafür sorgen sollten, daß wir die Rohstoffe zu einem angemessenen (oder überhöhten) Preis kaufen, um es den Entwicklungsgebieten zu ermöglichen, die benötigten Fertigerzeugnisse aus den Industriestaaten zu beziehen, dürfte nicht dazu beitragen, das Mißtrauen der Rohstoffländer zu vermindern. Gerade das ist es ja, was die Rohstoffländer als Kolonialismus jederzeit strikt abgelehnt haben. Wir können die Entwicklung nicht aufhalten, daß die Rohstoffländer die Verarbeitung ihrer natürlichen Reichtümer selbst vornehmen wollen, weil sie in der Ausschließung von dieser Möglichkeit, ob mit Recht oder Unrecht, die Wurzel ihrer Armut sehen. Dieses Prinzip hat jeden Kolonialismus diskreditiert. Aber auch abgesehen davon, daß eine Vereinbarung über solche Mindestpreise nicht gerade marktwirtschaftlich wäre, wer garantiert uns dafür, daß andere Länder sich nicht Rabatte einräumen lassen, die den Zweck dieser Vereinbarung illusorisch machen? Im übrigen kann man das eine tun, nämlich versuchen, die Rohstoffpreise zu stabilisieren, ohne das andere zu lassen, nämlich die Industrialisierung zu fördern.“

„Aber es kommt dabei auch gar nicht auf meine Meinung an, es kommt nicht auf die Theorien an, die wir uns über die beste Methode der wirtschaftlichen Entwicklung machen. Die Errichtung von Grundstoffindustrien zur Aufbereitung der eigenen Bodenschätze wird von den Entwicklungsländern einfach gefordert. Und wir sollten anderen Völkern keine Vorschriften darüber machen, welchen Weg sie zur Entwicklung wählen. Wir Deutsche neigen dazu, entweder Missionare zu sein, die andere bekehren wollen, oder Schulmeister zu sein, die andere mit erhobenem Zeigefinger warnen oder tadeln wollen. Betrachten wir die Angelegenheit realpolitisch. Wenn wir aus einer abweichenden Auffassung über die Methode den Entwicklungsgebieten nicht helfen, werden es andere tun. Vielleicht die Sowjetunion, und dann haben wir ausgespielt. Die

Geschichte des Hochdammes von Assuan ist für uns ein Musterbeispiel der verpaßten Gelegenheiten."

Für die Errichtung von verarbeitender Industrie in den Entwicklungsländern sollten möglichst bestimmte Voraussetzungen gegeben sein — so meinte Herr Schulz. Er würde mit einer solchen Anlage niemals in ein Entwicklungsland gehen, das in der für ihn maßgebenden Rohstoffbasis auf Einfuhren angewiesen wäre. „Wenn ich z. B. Fahrräder fabrizieren will, müßte ein Hauptrohstoff im Lande erzeugt werden. Man müsse immer damit rechnen, daß infolge einer Devisenknappheit die Rohstoffzufuhren gedrosselt und die Stilllegung des Werkes erzwungen werde. Die zweite Voraussetzung ist das Vorhandensein eines entsprechenden Arbeitskraftpotentials."

Bereitstellung von Führungskräften

„Gewiß, wir müssen bei der Errichtung von Großanlagen selbst Führungskräfte zur Verfügung stellen. Sie fragen, ob wir uns das in unserer gegenwärtigen Konjunkturlage leisten können. Wir müssen es einfach, um zu gewährleisten, daß die erstellten Anlagen auch laufen. Wie Sie wissen, bemühen wir uns, einheimische Kräfte sowohl bei uns als auch bei befreundeten Firmen ausbilden zu lassen, die ein Führungskader stellen können. Auf Ihre Frage, ob wir inzwischen in Übersee gute Erfahrungen mit den bei uns ausgebildeten einheimischen Kräften gemacht haben, muß ich Ihnen — wenn Sie ein Ja oder Nein erwarten — mit Ja antworten. Natürlich läßt sich darüber einiges mehr sagen. Der Erfolg dieser Ausbildung ist eine Frage der Auswahl. Und vielleicht sollten wir an der Auswahl etwas mehr beteiligt sein. Die Auswahl im Heimatland erfolgt oft unter politischen Rücksichten. Da wird der Sohn eines Ministers, eines höheren Beamten, eines Parlamentariers ausgewählt. Diese Leute glauben dann, infolge ihrer Ausbildung in Deutschland einen höheren Rang gegenüber ihren Landsleuten einnehmen zu können. Der höhere Rang äußert sich darin, daß sie nur noch einen weißen Kragen tragen, zwei Stunden später kommen, drei Stunden eher gehen und sich die Finger nicht

schmutzig machen wollen. Im empfehle den Geschäftsleitungen immer, solche Leute rigoros rauszuschmeißen oder gerade mit der Dreckarbeit zu beschäftigen. Trotz solcher gelegentlicher Schönheitsfehler ist das Ergebnis im ganzen gut."

„Ich muß Ihnen völlig recht geben, wenn Sie mich fragen, ob hinsichtlich einer breiteren Ausbildung von Arbeitskräften im eigenen Land oder hinsichtlich der praktischeren Verwertung der Hüttenprodukte ein Stahlwerk orthodoxen Typs nicht möglicherweise besser sei als ein hypermodernes Werk. Die Entscheidung liegt aber beim Auftraggeber."

Finale:

Unzureichende Mittel

„Wir müssen, Herr Schulz, leider an das Ende unseres Gesprächs denken. Sie wissen, daß die Mittel, die den Entwicklungsgebieten aus eigener Kraft oder aus ausländischer Hilfe — sagen wir besser Unterstützung — zur Verfügung stehen, beschränkt sind. Häufig wird sich die Frage ergeben, ob bei der Begrenztheit dieser Mittel eine große Investition, wie die Errichtung einer Grundstoffindustrie, in Anbetracht der akuten Notlage der Bevölkerung zu verantworten ist, ob nicht unmittelbar wirkende Maßnahmen — auch wenn sie für die Dauer weniger ergiebig sind — aus sozialen oder politischen Gründen vorgezogen werden müßten. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Basis der Entwicklungshilfe zu verbreitern? Sollte man nicht besser die begrenzten Mittel stärker konzentrieren, um ihre Wirkung zu verstärken? Und wonach würden Sie die Auswahl treffen: nach politischen Gesichtspunkten, d. h. nach den Gebieten, die für den Kommunismus am anfälligsten sind, oder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, d. h. nach den Gebieten, die den größten und schnellsten Erfolg für die wirtschaftliche Entwicklung versprechen?"

„Ich halte eine Konzentration der Mittel für äußerst wichtig. Bei der Auswahl wird man das politische mit dem wirtschaftlichen Prinzip verbinden müssen. Schicken Sie aber nicht nur reine Politiker in die Entwicklungsgebiete, um die

Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit der Konzentration feststellen zu lassen. Denn wenn ein solcher Politiker einen Besuch in X, Y oder am Ende der Welt macht, wird er immer davon überzeugt sein, daß X oder Y oder das Ende der Welt der gegebene Ansatzpunkt ist, von dem aus sich das Schicksal der Welt bestimmt. Das ist nur allzu menschlich."

„Um am Ende unseres Gesprächs auf unseren ominösen Ausgangspunkt, das Große Europa, zurückzukommen, meinen Sie nicht, Herr Schulz, daß man durch eine geeignete Institution das riesige Wirtschaftspotential dieses Raumes für die Entwicklungsarbeit besser einsetzen könnte?"

„Ich halte den Gedanken einer gemeinsamen, zentralen Organisation für gut. Wir könnten damit einen guten Anfang machen, aber wir müßten mit den USA und Kanada in diesem Rahmen zusammenarbeiten. Wir dürfen eine solche Institution aber nicht einseitig besetzen. Die helfende Wirtschaft sollte ihrer Bedeutung entsprechend beteiligt sein und dazu möglichst Sachverständige der Entwicklungsländer."

Alles in allem hoffe ich, daß der Vorrang der Politik nicht vernünftigen Lösungen einer wirtschaftlichen Integration Gesamteuropas und einer Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte der westlichen Welt zum Nutzen der Entwicklungsländer entgegensteht."

Vielleicht ist durch diese Skizze der realpolitische Charakter des Gesprächs einigermaßen zur Geltung gekommen. Viele Fragen blieben noch offen, besonders eine Reihe von technologischen Voraussetzungen für die Errichtung von Grundstoffindustrien in den Entwicklungsgebieten hätte ich noch gern geklärt gehabt. Vielleicht bietet sich dazu eine andere Gelegenheit. Herr Schulz ist aber Wirtschaftspolitiker mit einem scharfen Blick für die Realitäten, die — auch wenn man abweichender Meinung ist — oft versöhnlicher wirken, als alle Heuchelei, die wir so oft hören. Man muß sich in einem Gespräch immer die Stärke des Partners zunutze machen.

Lothar Berghändler